



DER ARMUT KEINE CHANCE

UNS GEHT'S UMS GANZE



www.gruene-bundestag.de

EINE GESELLSCHAFT FÜR ALLE



EINE GESELLSCHAFT FÜR

In einer inklusiven Gesellschaft gehören alle Menschen dazu. Niemand wird ausgegrenzt, alle können selbstbestimmt teilhaben. Dieses Ideal zu verwirklichen, ist unser Ziel. Niemand soll durchs Raster fallen. Wir wollen unser soziales Sicherungsnetz weiter ausbauen, damit die Menschen wirkungsvoll vor Armut geschützt werden.

Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Es gibt eine starke Wirtschaft und eine breite Mittelschicht. Deutschland ist aber auch ein ungleiches Land. Arm und Reich driften in den letzten Jahren weiter auseinander, die Armutszahlen stagnieren auf viel zu hohem Niveau. Fast acht Millionen Menschen in Deutschland leben von der Grundsicherung. Darunter sind nicht nur Langzeitarbeitslose, sondern auch viele Kinder und immer mehr Erwerbstätige sowie alte Menschen. Wenn Erwerbstätigkeit und Rente nicht mehr zum Leben reichen, Familien und Kinder dauerhaft nur das Nötigste haben, ist das für eine Wohlstandsgesellschaft beschämend und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

ALLE

Wir Grüne im Bundestag wollen diese Missstände beenden. Es kann nicht sein, dass Menschen allein deshalb bedürftig werden, weil sie Kinder haben, sich ihre Wohnung nicht leisten können oder Probleme bekommen, weil das knappe Einkommen im Alter nicht zu einer auskömmlichen Rente führt oder das BAföG nicht reicht. Um Armut zu überwinden, wollen wir in Chancengleichheit und gute öffentliche Einrichtungen investieren. Unsere Städte und Gemeinden wollen wir stärken, damit sie eine lebendige Infrastruktur, Kita-Plätze und öffentlichen Nahverkehr, Schwimmbäder, Theater und Jugendzentren erhalten und ausbauen können.

Seit Jahren stagnieren die Armutszahlen auf viel zu hohem Niveau. Fast acht Millionen Menschen in Deutschland leben von der Grundsicherung – darunter viele Kinder.



Foto: Welters/laif

ARBEIT: VON DER MAN LEBEN KANN!

Jeder zehnte Beschäftigte ist trotz Erwerbstätigkeit von Armut bedroht. Über eine Million Menschen müssen ihre Einkünfte mit Hartz IV aufstocken, davon knapp 200.000 zusätzlich zu einem Vollzeitjob. Vor allem bei Selbstständigen und Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehenden, reicht das eigene Einkommen oft nicht aus. Deshalb wollen wir einen deutlich höheren Mindestlohn und Mindesthonorare für Selbstständige sowie Familien besser absichern.

Wir Grüne im Bundestag wollen tariflich geschützte Arbeit. Außerdem wollen wir den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ durchsetzen, vor allem für Leiharbeitskräfte und für Frauen. Denn noch immer liegen deren Löhne unter denen der Stammbeschäftigten und die Löhne von Frauen unter dem Niveau der Löhne der Männer. Wir finden, Frauen verdienen mehr. Neben fairen Löhnen muss sich auch bei Steuern, Abgaben und sozialen Leistungen etwas ändern. Sie müssen so aufeinander abgestimmt sein, dass Erwerbstätige mit geringem Einkommen entlastet werden und sich Erwerbsarbeit auch finanziell lohnt.



Foto: Heinrich/picture-alliance

CHANCEN UND PERSPEKTIVEN FÜR ALLE!

Alle Menschen sollen eine Chance auf reguläre Beschäftigung haben. Obwohl die Wirtschaft brummt, ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit Jahren auf hohem Niveau. Es ist bekannt, dass die Aussichten auf gute Arbeit sinken, je länger die Arbeitslosigkeit dauert. Das gilt für ältere, gering qualifizierte, behinderte und geflüchtete Menschen. Sie haben es besonders schwer, eine Stelle zu finden.

Kommen mehrere dieser Faktoren zusammen, sind die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt gleich null. Das wollen wir ändern. Deswegen haben wir den „Sozialen Arbeitsmarkt“ immer gefordert, der Arbeitslosen, die sehr lange ohne Beschäftigung sind, neue Perspektiven eröffnet. Seit dem 01.01.2019 können Menschen im Rahmen des Sozialen Arbeitsmarkts etwa Lohnkostenzuschüsse und ein Coaching in Anspruch nehmen, um wieder beruflich Fuß zu fassen. Wir wollen die Rahmenbedingungen im Sozialen Arbeitsmarkt weiter verbessern, damit mehr langzeitarbeitslose Menschen

davon profitieren können. Denn Erwerbsarbeit sorgt nicht nur für Einkommen, sondern auch für gesellschaftliche Teilhabe, soziale Kontakte, Wertschätzung, Würde und Anerkennung.

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Die Angebote der Arbeitsagenturen müssen zu den Menschen passen, nicht die Menschen zu den Angeboten. Deshalb brauchen die Jobcenter mehr Personal, damit sie die Arbeitslosen optimal und individuell betreuen sowie den Wünschen, Fähigkeiten und Vorschlägen der Arbeitslosen Rechnung tragen können. Vor allem müssen Arbeitslose bei Maßnahmen mitentscheiden dürfen.

Die fortschreitende Digitalisierung wird den Arbeitsmarkt verändern. Deshalb ist es wichtig, in die Weiterbildung zu investieren. Besonders sinnvoll sind Qualifizierungen mit einem anerkannten Berufsabschluss, die auch schrittweise erworben werden können.



**Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen.
Die Angebote der Arbeitsagenturen müssen
zu den Menschen passen, nicht die Menschen
zu den Angeboten.**

Foto: Barth/lalif

WOHNEN: BEZAHLBAR MACHEN

Wohnen ist in Deutschland eine der drängendsten sozialen Fragen. Die Mieten und Wohnkosten sind in den letzten Jahren in zahlreichen Regionen stark angestiegen. Das stellt viele Menschen – bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft hinein – vor große Probleme.

In vielen Regionen zehren die Mieten immer höhere Anteile des Einkommens auf. Wir Grüne im Bundestag setzen uns für bezahlbares Wohnen ein. Mieten müssen auch in guten Lagen erschwinglich bleiben. Das fördert den sozialen Zusammenhalt in lebenswerten Städten und Dörfern.

Mit einer wirksamen Mietpreisbremse ohne Ausnahmen und mit gestärkten Rechten für MieterInnen wollen wir Grüne im Bundestag die Mieten im Zaum halten. Mit einem neuen Investitionsprogramm des Bundes „Neue Wohngemeinnützigkeit“ wollen wir eine Million neue, dauerhaft günstige Mietwohnungen in den Städten schaffen. Das Wohngeld wollen wir auskömmlicher gestalten und zur Senkung der Wohnkosten beitragen. Den Wohnungsmarkt werden wir nicht dem freien Spiel der Märkte ausliefern. Dazu haben wir Initiativen in den Bundestag eingebracht.



UNSERE KINDER-GRUNDSICHERUNG:

automatisch und ohne komplizierte Beantragung – damit alle Kinder haben, was sie zum Leben brauchen

Foto: Gesche/laif

FAMILIEN

UNTERSTÜTZEN, KINDER VOR ARMUT SCHÜTZEN



Es ist unerträglich, dass in unserem wohlhabenden Land jedes fünfte Kind in Armut aufwächst. Über zwei Millionen Kinder leben von Hartz IV. Vor allem Alleinerziehende und Geringverdienende sind von Armut betroffen, wenn sie Kinder im Haushalt versorgen. Neben einem Zugang zu guter Bildung ist eine existenzsichernde Förderung von Kindern das A und O, um sie vor Armut zu schützen und ihnen Chancen zu geben.

Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich deshalb für eine Kindergrundsicherung ein. Sie soll automatisch und ohne kompliziertes Antragsverfahren ausgezahlt werden: in Form eines garantierten Betrags für alle Kinder und eines variablen Betrags oben drauf. So wird sichergestellt, dass alle Kinder bekommen, was sie zum Leben brauchen. Der Garantiebtrag macht Schluss mit dem Nebeneinander von Kindergeld und Kinderfreibeträ-

gen. Um die Ungleichbehandlung von Familien entlang des Einkommens zu beenden, bekommen alle Kinder die gleiche Summe. So werden auch Familien mit mittlerem Einkommen entlastet. Dazu kommt ein variabler Betrag, der den Kinderzuschlag und die Kinderregelsätze ersetzt. Je niedriger das Einkommen der Eltern, desto höher ist dieser Betrag. So wird zuverlässig der Mindestbedarf jedes Kindes gedeckt. Damit das auch wirklich gelingt, muss die Höhe der Kindergrundsicherung neu bestimmt und an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Die grüne Kindergrundsicherung macht Schluss mit dem Anrechnungswirrwarr und Antragsdschungel unterschiedlicher Leistungen.

Wir wollen zudem in Chancen investieren. Eine ausreichende Zahl wirklich guter Kitas, Schulen mit Ganztagsbetrieb und eine starke Jugendhilfe sind dafür essenziell. Das ermöglicht es allen Kindern, ihr Potenzial zu entfalten. Es erleichtert zudem beiden Eltern, berufstätig zu sein und verhindert Armut von Familien mit Kindern.



GARANTIERENTE UND STABILES RENTENNIVEAU: VERMEIDEN ALTERSARMUT

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind von Altersarmut betroffen. Vor allem Frauen und Personen mit gesundheitlichen Problemen müssen um ihr Auskommen fürchten. Verantwortlich für Altersarmut sind unstete Erwerbsbiografien, weit verbreitete Niedriglöhne und ein sinkendes Rentenniveau. Diese Entwicklung droht stetig fortzuschreiten. Fair bezahlte und gute Beschäftigung erleichtert die Vorsorge für das Alter. Dass Menschen im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können, ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde.

Ein stabilisiertes Rentenniveau sowie eine Garantierente für langjährig Versicherte können sicherstellen, dass das Einkommen über dem Niveau der Sozialhilfe liegt. Erwerbsminderung ist mittlerweile eine der Hauptursachen für die steigende

Gefahr von Altersarmut. Wir wollen deshalb nicht nur die zukünftigen, sondern auch die heutigen Bezieherinnen und Bezieher einer Erwerbsminderungsrente besser absichern. Die Grundsicherung im Alter wollen wir auf einen Betrag anheben, der Teilhabe tatsächlich ermöglicht. Auch Selbstständige sollen besser für das Alter abgesichert werden und in einem ersten Schritt – der auch Bundestagsabgeordnete erstmals mitnimmt – auf dem Weg zu einer universellen Bürgerversicherung in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

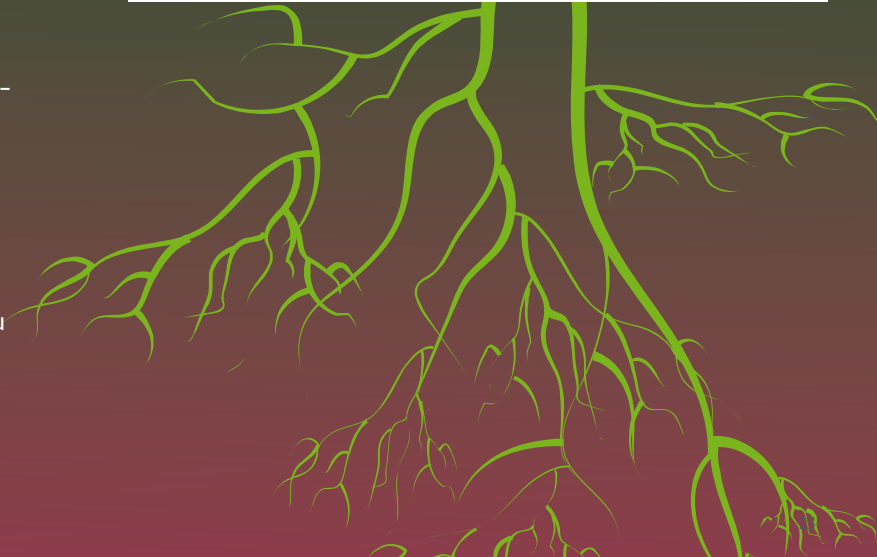
TEILHABEN:

MIT VERLÄSSLICHER GRUNDSICHERUNG

Die Grundsicherung hat die wichtige Aufgabe, das Existenzminimum für Menschen in Phasen mit oder ohne Erwerbseinkommen zu garantieren.

Das ist aber nur mit einer verlässlichen und auskömmlichen Grundsicherung möglich. Die Höhe der Grundsicherung muss für die Teilhabe am sozialen Leben, an Bildung, Kultur und Mobilität ausreichen. Deswegen wollen wir den Regelsatz neu berechnen und bedarfsdeckend erhöhen.

Wer Anspruch auf Leistungen hat, muss sie auch erhalten. Um das sicherzustellen, soll die Grundsicherung einfacher, verständlicher und unbürokratisch gestaltet werden. Wir wollen die Rechte der Menschen stärken und setzen auf Motivation, Anreize und eine Kultur der Augenhöhe statt auf Sanktionen.



NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

AG Arbeit und Soziales im Arbeitskreis 1: Wirtschaft & Soziales

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

» gruene-bundestag.de » Themen » Soziales

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

19/7451 Teilhabe für alle Kinder sicherstellen

19/6162 Unsere aktuelle arbeitsmarktpolitische Position
(Entschließungsantrag)

19/5601 Unsere aktuelle rentenpolitische Position
(Entschließungsantrag)

19/4549 Sofortprogramm Wohnoffensive (Antrag)

19/1854 Kinderzuschlag automatisch auszahlen

19/1711 Soziale Teilhabe und Selbstbestimmung in der Grundsicherung statt Sanktionen und Ausgrenzung (Antrag)

19/975 Mindestlohn für alle erhöhen (Antrag)

19/591 Neue Perspektiven für langzeitarbeitslose Menschen (Antrag)

18/12557 Teilhabe statt Armut (Antrag)

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski, Titel: Shutterstock

Stand: Februar 2019, 2. aktualisierte Auflage

